

Weniger Energie fürs Heizen

Grüne: Einsparungen von einem Drittel bis 2030

ler. WIESBADEN. Die Grünen im Landtag halten binnen 20 Jahren eine drastische Verringerung des Energieverbrauchs zur Wärmeerzeugung und eine ebenso deutliche Steigerung des Anteils erneuerbarer Energien für möglich. Wenn Bundes- und Landesregierung sowie Kommunen ihre Möglichkeiten bei Gesetzgebung, Verordnungen und finanzieller Förderung entschlossen nutzen und ihre Kräfte bündeln, sei die Energiewende auch bei der Gebäudeheizung und der Warmwasserbereitung möglich, sagte Grünen-Fraktionschef Tarek Al-Wazir gestern in Wiesbaden. Dann seien in Hessen bis 2030 eine Verringerung des Energieverbrauchs zur Wärmeerzeugung um 36 Prozent und eine Steigerung des Anteils erneuerbarer Energien von 6,4 auf etwa 33 Prozent vorstellbar, heißt es in einem von den Grünen erarbeiteten „Wärmekonzept“.

Die Oppositionsfraktion schlägt vor, das Land solle jährlich 36 Millionen Euro zusätzlich ausgeben, um Energieeinsparungen und den Einsatz erneuerbarer Energien in Privathaushalten, Gewerbe und Industrie anzustoßen. Mit dem Geld könnten beispielsweise Förderprogramme für die Altbauenergieeffizienz ausgebaut und die Energieberatung verbessert werden, sagte die energiepolitische Sprecherin der Partei, Ursula Hammann. Private Neubauten sollten möglichst nur noch genehmigt werden, wenn es sich um Passiv- oder Niedrigenergiehäuser handele; zudem sollten Städte und Gemeinden ihre Satzungen so gestalten, dass bei der Sanierung von Altbauten die Energieeffizienz im Vordergrund stehe.

Al-Wazir wies darauf hin, dass Wärmeenergie, von der Heizungswärme für Haushalte bis hin zur Prozesswärme für die Industrie, für etwa 45 Prozent der Kohlendioxidemissionen in Hessen verantwortlich sei. Ein durchschnittlicher Haushalt verbrauche mit 85 Prozent den größten Teil der Energie für Wärme. Im Idealfall lasse sich der Wärmeverbrauch binnen zwei Jahrzehnten von rund 88 auf 57 Terawattstunden verringern, und der Anteil der erneuerbaren Energien steige von 5,7 auf 18,9 Terawattstunden.

Die SPD lobte den Vorstoß der Grünen als „klares Signal an die Landesregierung“. Jetzt gebe es schon zwei Oppositionskonzepte zur Förderung erneuerbarer Energien bei der Gebäudeheizung, sagte der umweltpolitische Sprecher der Sozialdemokraten, Timon Gremmels. Damit erhöhe sich der Druck auf die CDU/FDP-Landesregierung, selbst aktiv zu werden. Die SPD hat Anfang 2010 Pläne für ein „Wärmegesetz“ vorgestellt, mit dem die Hauseigentümer verpflichtet wird, alternative Energien auch in Altbauten einzusetzen, wenn sie ihre Heizungsanlagen ohnehin austauschen.

Finanzminister Thomas Schäfer (CDU) wies gestern darauf hin, dass die Landesregierung über die nächsten sechs Jahre hinweg im Durchschnitt je 27 Millionen Euro für die Sanierung landeseigener Gebäude aufwenden wolle. Man wolle damit die energetische Sanierungsrate auf mindestens 2,5 bis drei Prozent im Jahr erhöhen.



Manegen-Attraktion: Marek Jama mit seinen Elefanten bei einem Gastspiel des Zirkus Charles Knie in Frankfurt

Foto Agata Skowronek

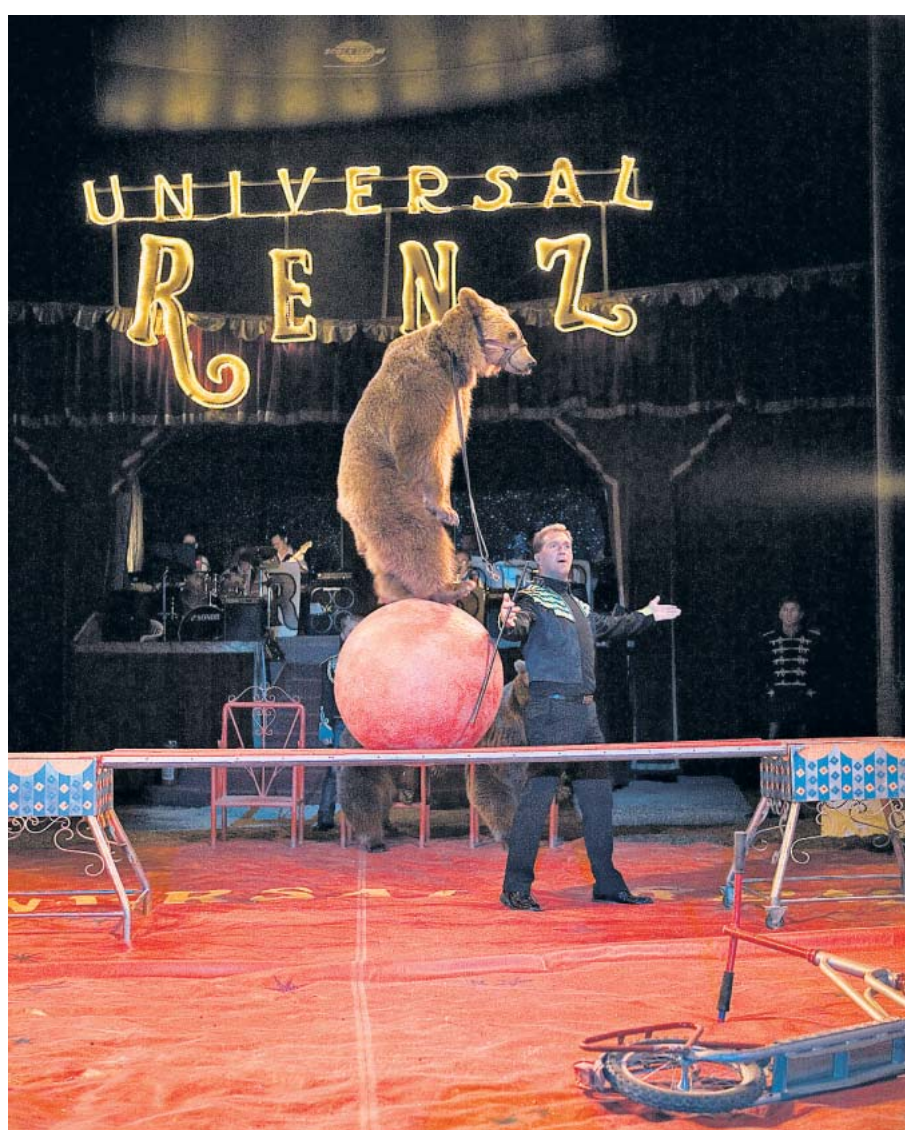
Hessen gegen Elefanten in der Manege

Landesregierung stimmt Antrag auf Verbot von Wildtieren in Zirkussen zu / 2003 gescheitert

rief. FRANKFURT. Hessen hat im Bundesrat für ein Verbot von Wildtieren im Zirkus gestimmt. Die Argumentation der am Freitag von Hamburg eingebrachten Entschließung deckte sich mit den Überzeugungen der Landesregierung, sagte ein Sprecher des Umwelt- und Landwirtschaftsministeriums. Die Länderkammer forderte die Bundesregierung auf, den Zirkussen die Haltung bestimmter Wildtiere zu untersagen. Das Verbot soll für Affen, Elefanten, Großbären, Giraffen, Nashörner und Flusspferde gelten. Für schon vorhandene Tiere wünscht sich der Bundesrat unter Berücksichtigung ihrer Lebensdauer eine Übergangsfrist.

Der hessischen Landesregierung ist das Verbot bestimmter Tiere im Zirkus schon länger ein Anliegen. 2003 brachte das Kabinett Koch eine Entschließung in der Länderkammer ein, in welcher die Bundesregierung zu einer Verordnung aufgefordert wurde, der zufolge den Zirkussen das Halten von Affen, Elefanten und Bären untersagt werden sollte. Ferner sollte die Bundesregierung per Verordnung ein Register von mobilen Tiersehauen und Zirkusbetrieben durchsetzen.

Die damalige hessische Begründung entspricht im Großen und Ganzen der Begründung des jetzt von Hamburg im Bundesrat durchgesetzten Antrags. Wildtiere stellten häufig besonders hohe Ansprüche an Unterbringung, Ernährung und Pflege sowie an die Sachkunde des Halters. Diese Ansprüche könnten reisende Zirkusse bei einigen Arten schon im Grundsatz nicht erfüllen, weil diese einen Großteil ihres Lebens in engen Transportwagen verbrachten. Ferner seien Ställe und Gehege nicht groß genug, zu wenig ausbruchssicher und auch nicht artgerecht. Nur sehr wenige Zirkusbetriebe ver-



Meister Petz: Bären sieht man nur noch selten im Zirkus.

Foto Andreas Müller

fügten über geeignete, beheizbare Winterquartiere, die auch bei Kälte eine artgerechte Haltung empfindlicher Wildtierarten ermöglichen.

Die Bundesregierung hatte damals ein Verbot von Wildtieren in der Manege unter Hinweis auf die vom Grundgesetz garantierte Berufsfreiheit auch für Tierlehrer abgelehnt. Dagegen wurde das von Hessen ebenfalls verlangte Zirkusregister, das eine leichtere Überwachung ermöglichen soll, 2009 eingeführt.

Der neue Vorstoß für ein Wildtier-Verbot findet auch die Zustimmung der oppositionellen SPD. Das Grundgesetz verlange den Tierschutz und den Respekt vor dem Tier, sagte die Landtagsabgeordnete Judith Pauly-Bender. Wer die fachlichen Ausführungen des Hamburger Antrags betrachte, könne nicht mehr auf Zirkusromantik verweisen. „Die Mehrheit im Bundestag kann eigentlich nicht mehr wegsehen.“

Die Zirkusbranche verweist darauf, dass schon jetzt ein rechtliches Instrumentarium vorliege, mit dem jede Tierquälerei unterbunden werden könne. Zirkusunternehmen würden in jeder Stadt, in der sie gastierten, von einem Amtstierarzt streng kontrolliert, es lägen für jede Tierart genaue Richtlinien vor, wie sie zu halten sei. Ein Verbot von Wildtieren könne Zirkusunternehmen in den Ruin treiben.

Die Gesellschaft der Circusfreunde wies darauf hin, dass einer Umfrage der Gesellschaft für Konsumforschung zufolge gut 85 Prozent aller Deutschen im Zirkus gerne Tiere sähen. Spitzenreiter in der Gunst des Publikums seien Raubtiere, Elefanten und Pferde. Die Circusfreunde bestritten, dass Zirkustiere in beengten Verhältnissen lebten. Elefanten etwa könnten sich fast den ganzen Tag in großen Freigehegen aufhalten.

Heute

16 Wochen zu früh

360 Gramm wog das Kind, als es nach schwieriger Schwangerschaft in Aschaffenburg mit Kaiserschnitt zur Welt kam, 16 Wochen zu früh. Jetzt wird Emma ein Jahr alt, ist wohlafel. Das wird gefeiert. **Seite 42**

Abermals ein Wechsel

Der Stadt Dietzenbach ist es nicht gelungen, mehr Einfluss auf die Hochhäuser im Rosenpark zu nehmen. Diese werden künftig von einer privaten Hausverwaltung betreut. **Seite 43**

Zahl des Tages

6,5 Prozent aller hessischen Schülerinnen und Schüler besuchten 2010/2011 eine allgemeinbildende Schule in privater Trägerschaft. Wie viele Schüler waren es?

- A 200 000 Schüler
- B 100 000 Schüler
- C 45 000 Schüler

Antwort auf Seite 45
Ausgewählt vom Hessischen Statistischen Landesamt

Moderieren statt Durchregieren

Mit seiner Preußischen Städteordnung hat Freiherr vom und zum Stein den Weg bereitet – vor mehr als 200 Jahren. Heute gilt die Magistratsverfassung den einen als überholt, anderen zeigt sie, wie eine Politik, die auf Ausgleich bedacht ist, funktionieren kann.

Von Andreas Groth

RHEIN-MAIN. Hätte sich Hans-Georg Brum (SPD) 2003 dem Votum der Stadtverordnetenversammlung stellen müssen, er wäre wohl nicht Bürgermeister von Oberursel geworden. Die Mehrheit im Kommunalparlament fehlte. Von jeher wählt Oberursel eher schwarz. Dass Kandidaten wie der Volkswirt Brum dennoch in hessischen Rathäuser einziehen, verdanken sie den 82 Prozent, die in einem Volksentscheid am 20. Januar 1991 für die Direktwahl der hessischen Rathauschefs gestimmt haben.

Für den Bad Homburger Oberbürgermeister Michael Korwisi (Die Grünen) ist sie „ein sehr schönes Instrument der direkten Demokratie“. Allerdings gingen Wunsch und Wirklichkeit bei einer Wahlbeteiligung von zum Teil weniger als 30 Prozent auseinander. „Ich halte das

für bedenklich“, sagt Korwisi. Er selbst erhielt in der Stichwahl 2009 – bei einer Wahlbeteiligung von 45,8 Prozent – 59,5 Prozent der Stimmen.

Verleiht die Urwahl dem hessischen Bürgermeister einerseits eine starke Legitimation, steht er andererseits im Magistrat recht schmalbrüstig da. „Die Direktwahl weckt eine Erwartungshaltung bei den Bürgern“, sagt die Hofheimer Bürgermeisterin Gisela Stang (SPD). Die Bürger erwarten, dass die angeklagten Vorhaben auch verwirklicht würden. In der Sicht der Bürger sei der Rathauschef für fast alles verantwortlich, was in der Stadt passiere, meint auch Hans-Georg Brum. So sei der Bürgermeister in der Regel zwar nicht gleichzeitig Ordnungsdirektor. Wenn ein Autofahrer aber ein Knöllchen bekomme, stehe im Briefkopf der Bürgermeister als Polizeidirektor. Ohnehin bestimmt letztlich die Gemeindevertretung die Richtung der Kommunalpolitik. Der Magistrat vollzieht lediglich deren Beschlüsse. „Wenn Sie diskutieren wollen, sind Sie im Magistrat falsch. Dann sollten Sie in die Stadtverordnetenversammlung gehen“, charakterisiert Stang die Entscheidungsspielräume des Magistrats.

Wer in der Hessischen Gemeindeordnung also nach kleinen Sonnenkönigen sucht, wird erfolglos bleiben. Im Magistrat ist der Bürgermeister Primus inter Pares. Seine von der Gemeindevertretung gewählten Magistratskollegen können

ihn überstimmen. Nur bei Pattsituationen gibt seine Stimme den Ausschlag. Die Praxis zeigt aber, dass sich starke Persönlichkeiten ungeachtet ihrer schwachen Rechtsstellung durchsetzen wissen. Das kann zum Beispiel durch eine kluge Personalpolitik gelingen. Immerhin obliegt dem Bürgermeister die Befugnis, die Geschäfte unter den Dezernenten zu verteilen. So ernannte Walter Wallmann (CDU), Frankfurter Oberbürgermeister von 1977 bis 1986, den erfahrenen Beamten Wolfram Brück, einen Vertrauten aus Bonner Tagen, zum Dezernenten für Personal, Organisation und Recht. In Alexander Gauland hatte er zudem einen Büroleiter, der sich mit dem Kulturdezernenten Hilmar Hoffmann (SPD) intellektuell messen konnte.

Schwierig kann es für einen Bürgermeister werden, wenn seine Partei in der Stadtverordnetenversammlung in der Minderheit ist. Michael Korwisi hat in seinen zwei Amtsjahren schon beide Konstellationen kennengelernt: Gut einhalb Jahre habe er mit einer schwarz-gelben Mehrheit zu tun gehabt. Die jetzige Koalition stehe eher auf seiner Seite. In jedem Fall aber sei seine „Koordinations- und Informationsbereitschaft“ gefragt gewesen.

Auch Hans-Georg Brum hält nicht viel von einer „Basta-Politik“. Acht schwere Jahre lägen hinter ihm. Bei vielen Projekten sei das öffentliche Interesse in den Hintergrund geraten und von privaten, besitzständischen Anliegen überlagert

worden. Bei Grundstücksfragen hätten sich Stadtverordnete auch schon mal „vor den Karren spannen lassen“. Die Hofheimerin Stang sieht sich in der Rolle einer „Moderatorin zwischen Magistrat und Stadtverordnetenversammlung“. Im Gegensatz zu der süddeutschen Ratsverfassung, die sich in den meisten Bundesländern durchgesetzt hat, dürfen die hessischen Bürgermeister nicht zugleich der Gemeindevertretung angehören, geschweige denn deren Vorsitz führen.

Was Kritiker Bundeskanzlerin Merkel vorwerfen, sie moderiere nur und führe nicht, erhebt die Hessische Gemeindeordnung zur Maxime für die Bürgermeister des Landes. Nicht die Rathauschefs sind „richtlinienkompetent“, sondern die Gemeindevertretung ist es. Nicht der Bürgermeister leitet die Verwaltung, sondern der Magistrat als Ganzes. Es ist an den Amtsinhabern, hier individuelle Politikstile zu entwickeln.

Der Bad Homburger Korwisi lädt alle sechs bis acht Wochen die Fraktionsvorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung zum Gespräch. „Überzeugungskraft, Durchsetzungsvermögen und Geschicklichkeit“ müssten einen Bürgermeister auszeichnen, der erfolgreich Kommunalpolitik betreiben wolle, meint Hans-Georg Brum. Seine Hofheimer Kollegin Stang hätte trotzdem gerne in bestimmten Fragen ein Vetorecht im Magistrat. Das mag damit zusammenhängen, dass sie Stadtkämmerin ist und trotz aller Ressortbegehrlichkeiten haushalten muss.

HESSEN

Große Elefanten-Freunde

Von Hans Riebsamen



Die Deutschen lieben die Tiere. Manch einer liebt sie mehr als seine Mitmenschen. Wer würde wohl mehr Geld zusammenbekommen: ein Aktivist, der für die hungernde Bevölkerung in Darfur sammelt, oder einer, der eine Spende für ausgesetzte Hunde in der Ukraine bittet? Man möchte die Antwort gar nicht wissen.

Die hessische Landesregierung ist besonders tierlieb. Sie hat 1989 das Amt eines Landestierschutzbeauftragten eingeführt. Es irrt indes, wer glaubt, das Kabinett Koch und dessen Tierschutzbeauftragte Madeleine Martin seien in ihrem unermüdbaren Bemühen, Gottes Schöpfung zu bewahren, gegen das Halten von Hühnern oder Schweinen in viel zu beengten Verhältnissen energisch vorgegangen. Von Initiativen Hessens etwa gegen die Qualzucht von Hühnern hat man nie etwas gehört.

Dafür tat sich Hessen 2003 mit einer Bundesratsinitiative gegen Tiere im Zirkus hervor. Das von Wiesbaden geforderte Verbot scheiterte allerdings, die Bundesregierung sah darin einen verfassungswidrigen Eingriff in die Berufsfreiheit der Tierlehrer. Nun hat Hamburg das Thema wieder aufgegriffen und im Bundesrat eine Mehrheit für ein Verbot gefunden. Wie nicht anders zu erwarten war, stimmte Hessen dafür.

Jetzt sollen also Affen, Giraffen, Elefanten, Bären und Nashörner aus der Manege verbannt werden. Die gerade einmal 20 Elefanten und zwei Nashörner in deutschen Zirkussen dürfen sich ganz wichtig vorkommen. Die Bundesregierung, der Bundestag und das halbe Volk befassen sich mit ihnen. Sollte es tatsächlich zu einem Verbot kommen, darf man sicher sein, dass über kurz oder lang Löwen und Tiger auf der Verbotsliste landen. Und danach sind wohl die Pferde an der Reihe.

Die großen Tierschützer im Wiesbadener Kabinett und anderen Regierungen wollen sich populistisch profilieren – und wählen sich natürlich nicht die starke Agrarlobby als Gegner, sondern den schwachen Zirkus. Sie wollen nicht wahrnehmen, dass die großen deutschen Zirkusse wie Krone in der Wildtierhaltung sich auf dem Niveau von gut geführten zoologischen Gärten bewegen. Die Zoos dürften denn auch die Nächsten sein, die ins Visier der amtlichen Tierfreunde geraten werden.

Ein Kind noch in Lebensgefahr

hter. WIESBADEN. Nach dem schweren Gasunfall auf dem Gräselberg ist ein fünfjähriges Kind noch immer in Lebensgefahr. „Der Zustand des Jungen ist unverändert kritisch“, sagte ein Sprecher der Polizei gestern. Sein elfjähriger Bruder sei auf dem Weg der Besserung. Die Geschwister stammen aus der türkischen Familie, die am vergangenen Donnerstag Opfer einer Vergiftung durch Kohlenmonoxid wurde. Die Eltern und das älteste der drei Kinder starben. Die beiden jüngsten konnten gerettet und mit anderen Verletzten ins Krankenhaus gebracht werden. Wie berichtet, gilt eine defekte Zentralheizung als Ursache des Unglücks. Das Haus war vor fünf Jahren saniert worden. Die Staatsanwaltschaft ermittelt jetzt wegen Tötung gegen unbekannt.

Zuschüsse für interkommunale Arbeit

bie. FRIEDBERG/NEU-ANSPACH. Der Wetteraukreis und die Stadt Neu-Anspach werden dafür belohnt, dass sie auf Kooperation setzen. Die gemeinsame Katastrophenschutzeinheit des Wetteraukreises mit den Gemeinden Schotten, Büdingen, Nidda und Gernsheim sowie dem Kreisverband Büdingen des Roten Kreuzes hat das Innenministerium als Form der interkommunalen Zusammenarbeit mit 25 000 Euro belohnt. Weitere 100 000 Euro gab es für den Kreis, weil er mit 24 Städten und Gemeinden einen gemeinsamen Atemschutzgeräteverbund mit Sitz in Bad Nauheim geschaffen hat. Die Stadt Neu-Anspach erhält 50 000 Euro. Sie hat mit Usingen ein gemeinsames Ordnungsamtsamt gebildet. Das Land fördert mit einer Rahmenvereinbarung die interkommunale Zusammenarbeit mit Städten und Gemeinden.